

Interfraktionelle Motion FDP, SVP, BDP/CVP (Christoph Zimmerli, FDP/Rudolf Friedli, SVP/Philip Kohli, BDP/Claudio Fischer, CVP): Personalbestand: Stellenplan als Steuerungsinstrument wieder einführen

In den letzten Jahren wurde die Stadt Bern durch „Kantonalisierungen“ von diversen Aufgaben (u.a. Polizei, Lebensmittelkontrolle, Arbeitsgericht, Mietamt und Kindes- und Erwachsenenschutz) erheblich entlastet. Dadurch wurden Hunderte von Stellen (allein mehr als 500 Vollzeitstellen der Stadtpolizei) zum Kanton transferiert. Der Personalbestand der Stadtverwaltung hat jedoch nicht in diesem Ausmass abgenommen, sondern er nimmt weiterhin fast jährlich zu (zwischen 2008-2013 um 117 Vollzeitstellen bzw. rund 4.5%), ohne dass hierfür Gründe ersichtlich wären. Eine Abnahme um 30 Vollzeitstellen (bzw. um rund 1%) war einzig im Jahr 2013 ersichtlich (wobei nicht klar ist, ob dieser Rückgang lediglich auf einmalig wirkende Faktoren zurück zu führen ist).

Mit mehr als einem Viertel des Gesamtaufwands stellen die Personalkosten den grössten Kostenblock im städtischen Finanzhaushalt dar. Eine wirksame Kontrolle und Steuerung der Personalbestandsentwicklung ist somit von grösster finanzpolitischer Bedeutung. Mit dem Instrument des Stellenplans, den der Stadtrat jeweils zusammen mit dem Budget genehmigte, war eine entsprechende politische Steuerung dieses Kostenblocks früher möglich. 2004 wurde dieses Steuerungsinstrument aber mit der Einführung des Steuerungsmodells „Neue Stadtverwaltung Bern“ (NSB) in voreiliger Weise als „überflüssig“ bezeichnet und aufgehoben. Deshalb erfolgt die Steuerung im Personalbereich seither nur noch mit einem Globalkreditsystem im Rahmen von Produktgruppen-Budgets, somit einzig über die Finanzen. Bereits im Jahr 2005 hatten der damalige Finanzdirektor und der Sprecher der stadträtlichen Budget- und Aufsichtskommission übereinstimmend festgestellt, dass deshalb geeignete Überwachungs- und Steuerungsmechanismen im Personalbereich nun fehlen. Eine Übersicht über den Stellenbestand zu gewinnen sei schwierig und es sei auch kaum noch feststellbar, wo der Personalbestand zu- bzw. abnehme. Obwohl diese gravierenden Schwächen im Steuerungssystem nun seit zehn Jahren bekannt sind, wurden sie nicht korrigiert.

Der Gemeinderat scheint das erwähnte Wachstum des Personalbestands (und damit auch die steigenden Personalkosten) nicht im Griff zu haben. Deshalb muss dem Stadtrat wieder ein Instrument zur Verfügung gestellt werden, damit er selber unmittelbar auf die Entwicklung Einfluss nehmen kann. Der Stellenplan als verbindliches Steuerungsinstrument im Zuständigkeitsbereich des Stadtrats ist deshalb wieder einzuführen. Zudem sind der Stellenbestand und der Personalaufwand zu plafonieren. Damit lässt sich die Aufwandentwicklung bremsen und ein wirksamer Beitrag zur Sanierung des Finanzhaushalts leisten.

Der Gemeinderat wird deshalb mit dieser Motion verpflichtet, eine Vorlage zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen zu unterbreiten, welche jährlich eine verbindliche Festlegung des Stellenbestands bzw. des Personalaufwands durch den Stadtrat ermöglichen und auch die Durchführung eines Anstellungsmoratoriums ermöglichen.

Bern, 15. Oktober 2015

Erstunterzeichnende: Christoph Zimmerli, Rudolf Friedli, Philip Kohli, Claudio Fischer

Mitunterzeichnende: Kurt Rüeegg, Manfred Blaser, Dannie Jost, Jacqueline Gafner Wasem, Roger Mischler, Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher, Kurt Hirsbrunner, Alexandra Thalhammer, Mario Imhof, Barbara Freiburghaus, Bernhard Eicher, Andrin Soppelsa, Michael Daphinoff, Lionel Gaudy

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt (s. insbesondere auch Artikel 94a Absätze 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998). Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Der Gemeinderat teilt die Einschätzungen der Motionärinnen und Motionären, dass die Einführung des Steuerungsmodells „Neue Stadtverwaltung Bern“ (NSB) hinsichtlich der Personalbestandsentwicklung für den Stadtrat keine direkten Steuerungsmöglichkeiten bietet.

Um im städtischen NSB-Modell eine stufengerechte Führung gewährleisten zu können, konzentriert sich der Stadtrat auf strategische Vorgaben, währenddessen sich der Gemeinderat um deren operative Umsetzung kümmert. So steuert der Stadtrat den Output über Steuerungsvorgaben und Kennzahlen. Er hat zudem im Budgetprozess die Möglichkeit, Einfluss auf die jeweiligen Produkte zu nehmen. Dagegen lässt die Output-Steuerung nach NSB bewusst offen, inwieweit die Leistung intern, respektive extern zu erbringen ist und damit auch, mit wie vielen Personalressourcen sie erbracht wird.

Die Plan- und Ist-Werte der Personalbestandsentwicklung sowie die Erläuterungen der jeweiligen Direktionen werden dem Gemeinderat im Rahmen des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) zur Verfügung gestellt. Dieser erhält damit Informationen über die Entwicklung des Personalbestands und so auch Grundlagen, um die Entwicklung des Personalbestands über finanzielle Vorgaben und Entscheide hinsichtlich Stellenbegehren zu steuern. Mit rund 290 Millionen Franken entsprechen die Personalkosten per 31. Dezember 2015 26 % der Gesamtkosten und stellen damit den grössten Ausgabenblock im städtischen Finanzhaushalt dar.

Der Anteil der Personalkosten am städtischen Finanzhaushalt ist über die letzten Jahre hinweg stabil verlaufen. Das Personalwachstum ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass auch die Stadt gewachsen ist und es zu einem Ausbau der städtischen Leistungen kam (teilweise einhergehend mit dem Bevölkerungswachstum).

Der Gemeinderat lehnt die Einführung eines Stellenplans zur Steuerung ab. Dies wäre ein Bruch mit NSB, die eine Steuerung allein über die Finanzen respektive Globalbudgets vorsieht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es nicht nötig ist, mit neuen Steuerungsinstrumenten in NSB einzugreifen, namentlich da er via den IAFP über ein gutes Instrument verfügt, um Stellenbegehren zu prüfen und die Personalkosten zu steuern.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 2. März 2016

Der Gemeinderat